

Viktor Fichtenau

Fritz Ernst und das Heidelberger Historische Seminar¹

Einleitung

Die Wiedereröffnung der Universitäten nach dem Zweiten Weltkrieg war ein zentraler Bestandteil des demokratischen Neubeginns in Deutschland. In Heidelberg bildete sich zeitnah nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen der sogenannte Dreizehnerausschuss aus „unbelasteten“ Professoren, der die Wiedereröffnung der Universität maßgeblich vorantrieb. Ihm gehörte auch der Historiker Fritz (Friedrich Wilhelm) Ernst (1905–1963)² an. In der Forschung wurde sein Einsatz für die Universität hervorgehoben. Auch die Nachrufe auf Ernst loben seine „Leistungen für das Wiedererstehen und Wiedererstarken unserer geliebten Ruperto-Carola nach dem Zweiten Weltkrieg, der er seine ganze Kraft und zum guten Teil die Substanz seiner zarten sensiblen Nerven geopfert hat“,³ so beispielsweise Karl Engisch in einer Gedenkrede. Bei der Wiedereröffnung des Historischen Seminars und bei der Besetzung der historischen Lehrstühle hatte Ernst als einzig verbliebener Ordinarius entscheidenden Einfluss. Im Folgenden soll untersucht werden, welche Institutionen und welche Kriterien auf die Personalentscheidungen nach 1945 einwirkten – so bei der Wiedereingliederung der Historiker Willy Andreas (1884–1967) sowie Walther Peter Fuchs (1905–1997) in den Lehrkörper der Universität. Dabei sind die Rolle der betroffenen Wissenschaftler im NS-Regime und der Ablauf der Entnazifizierungsverfahren in den Blick zu nehmen. Welche Institutionen – US-Militärverwaltung, Universitätsorgane, Kultusbehörde – setzten jeweils ihre Vorstellungen durch? Waren die Personalentscheidungen durch sachlich fundierte Auswahlkriterien oder auch durch persönliche Sympathien bzw. Animositäten bestimmt?

Wiedereröffnung der Universität Heidelberg

Unmittelbar nach ihrem Einmarsch in die Stadt hatten die Amerikaner die Universität geschlossen, um das gesamte Personal einer politischen Überprüfung durch Fragebogen zu unterziehen.⁴ Der sogenannte Dreizehnerausschuss, der sich mit Zustimmung und unter Teilnahme zweier CIC-Agenten (Nachrichtendienst der US-Armee) in der Wohnung des Philosophen Karl Jaspers (1883–1969)



Fritz Ernst (Foto: Universitätsarchiv Heidelberg, BA Pos I 00779)

traf, drängte entgegen den Plänen der Amerikaner darauf, die Universität bereits zum Wintersemester 1945/46 zu eröffnen.⁵ In den Augen des Soziologen Alfred Weber (1868–1958) waren der Mediziner Karl Heinrich Bauer (1890–1978),⁶ der 1943 nach Heidelberg berufen worden war, sowie Ernst die geeigneten Kandidaten für die Posten des Rektors und Prorektors.⁷ Am 8. August 1945 wurde Bauer vom Großen Senat, der aus unbelasteten Professoren gebildet worden war, zum Rektor gewählt; Ernst wurde Prorektor.⁸ Beide mussten allerdings noch von der Militärregierung bestätigt werden. Die Kandidatur Ernsts stieß bei der Militärregierung den Notizen Bauers zufolge auf Widerstand.⁹ Noch am 7. August vermerkte auch der Universitätskontrolloffizier Edward Hartshorne (1912–1946): „Ernst will apparently be unacceptable as Pro-Rector“,¹⁰ offensichtlich aufgrund seiner Mitgliedschaft in der SA zwischen Herbst 1933 und Frühjahr 1935.¹¹ Bauer führte die Abneigung der Militärregierung gegen Ernst zudem auf eine Denunziation „from his ‚one enemy‘ [Willy] Andreas“¹² zurück, was Hartshorne jedoch verneinte. Ernst wurde als Prorektor schließlich bestätigt, nicht zuletzt, weil Bauer, der in Ernst einen verlässlichen Kollegen sah, sich bei der Militärregierung für ihn einsetzte: „Der Rektor wußte, daß auf die Integrität von Ernst Verlaß war, und setzte sich schließlich bei Hartshorne durch. Die Gründe für Hartshornes ablehnende Haltung kamen dabei nicht zur Sprache“,¹³ so Renato de Rosa anhand der Angaben aus dem Nachlass Bauers.

Eike Wolgast zufolge soll das „ursprünglich freundschaftliche Verhältnis“¹⁴ zwischen Andreas und Ernst 1942 an einer Bagatelle zerbrochen sein. In seinen um 1960 verfassten Memoiren erinnert sich Ernst, dass „Andreas [...] bald giftig wegen meines Einflusses auf die Studenten [wurde].“¹⁵ Was tatsächlich zum Streit zwischen den Kollegen geführt hatte, ließ sich anhand des eingesehenen Materials nicht ermitteln. Der erste Nachkriegsrektor Bauer sah im feindschaftlichen Verhältnis der beiden Historiker indessen ein Hindernis für die Wiedereröffnung der Universität und versuchte, beide Parteien zu versöhnen.¹⁶ Bauer verband mit Ernst ein freundschaftliches Verhältnis, aber er wollte auch Andreas in die Wiedereröffnung der Universität einbinden.¹⁷ Andreas lehnte jedoch sowohl seine Versöhnung mit Ernst als auch die aktive Mitarbeit bei der Wiedereröffnung der Ruperto Carola ab.¹⁸



Willy Andreas (Foto: Universitätsarchiv Heidelberg, BA Pos I 00039)

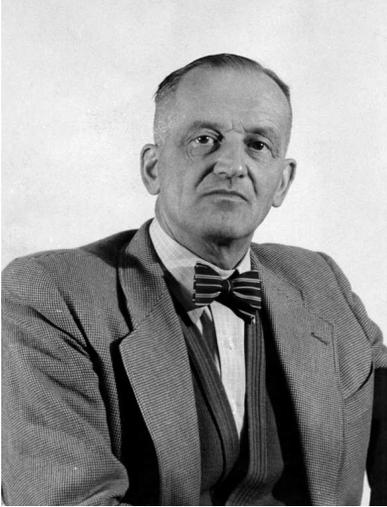
„Wenn Sie mich bitten, das Kriegsbeil zwischen Ernst und mir zu begraben, so kann ich zunächst nur die Hoffnung aussprechen, daß der gleiche Anruf nicht bloß an mich ergangen sein möge. Ich darf aber zu Ihrer Orientierung auch in Kürze hinzufügen, daß jene für mich einst unausweichlich gewordene menschliche Distanzierung amtliche Möglichkeiten unmittelbarer sachlicher Zusammenarbeit in unserem gemeinsamen Seminar in keiner Weise ausschloß, daß sie aber nicht einmal in dringend notwendigen Fällen ergriffen wurden.“¹⁹

Von der Spruchkammer Heidelberg wurde Ernst am 17. August 1946 zunächst als Mitläufer eingestuft und zu einer Geldstrafe von 500 RM verurteilt.²⁰ Dagegen legte er Einspruch ein und beantragte die Wiedereinsetzung in seinen vorigen Stand. Die Spruchkammer entlastete ihn schließlich am 13. September 1946, indem sie den freiwilligen Austritt aus der SA als „wichtiges Entlastungsmoment“²¹ heranzog. Auch konnte Ernst mit zahlreichen Entlastungszeugnissen nahelegen, dass er „unter der Herrschaft des Nationalsozialismus wissenschaftliches und damit nicht nationalsozialistisches historisches Denken in seinen Schülern erweckte“²² – so die Urteilsbegründung.

Nach dem Abitur am Stuttgarter Karls-Gymnasium hatte Ernst von 1923 bis 1927 Geschichte und Germanistik in Tübingen und Berlin studiert. Der Tübinger Historiker Johannes Haller, mit dem Ernst einen regen Briefwechsel führte,²³ inspirierte den jungen Studenten zu einer Karriere in der Geschichtswissenschaft. 1927 wurde Ernst mit einer Arbeit über die „wirtschaftliche Ausstattung der Universität Tübingen in ihren ersten Jahrzehnten (1477–1534)“ von Haller promoviert.²⁴ Bis 1935 lehrte Ernst in Tübingen als Privatdozent an der Seite von Heinrich Dannenbauer (1897–1961), der 1933 auf den Lehrstuhl von Johannes Haller gegen den Willen der Philosophischen Fakultät berufen worden war.²⁵ Zwischen 1935 und 1937 übernahm Ernst Lehrstuhlvertretungen in Erlangen, Kiel, Würzburg und Heidelberg, wohin er schließlich 1937 berufen wurde.

Nach 1945 sah die badische Landesbezirksverwaltung in Karlsruhe die Karriere von Ernst und insbesondere seine Berufung auf den Heidelberger Lehrstuhl mit nur 32 Jahren durchaus skeptisch. Im Nachlass des Landesbezirkspräsidenten Heinrich Köhler (1878–1949) befindet sich ein Auszug aus Ernsts Lebenslauf, in dem seine Karriere vom Ministerialrat Eugen Thoma (1877–1955) kritisch kommentiert wird: „Unerhört rasche Karriere! Mit 30 Jahren Stellvertreter ordentlicher Professoren (im dritten Reich!) Bei [Paul; V.F.] Schmitthenner²⁶ Liebkind.“²⁷ Handschriftlich ergänzte Thoma am 14. Februar 1947: „Bei allen NS-Dienststellen gut angeschrieben.“²⁸ Der Lebenslauf wurde offensichtlich infolge des „Erlasses über die Meldung der Einstellung von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst“ vom 26. August 1946 angefertigt, zumal der Text dieses Erlasses auf der Rückseite abgedruckt ist. Ihm zufolge bedurfte die Einstellung, beziehungsweise Wiedereinstellung eines Beamten der Genehmigung des Befreiungsministers. Im Falle Ernsts entfiel diese Genehmigungspflicht, weil er bereits am 13. September 1946 von der Heidelberger Spruchkammer entlastet worden war.

Bis zum Sommersemester 1949 blieb Ernst der einzige Historiker in Heidelberg. Sowohl Paul Schmitthenner als auch der Neuzeithistoriker Andreas²⁹ wurden von der Militärregierung entlassen. Andreas war im Gegensatz zu Schmitthenner allerdings weder Mitglied der NSDAP noch einer anderen NS-Organisation gewesen. Eine Wiedereinstellung von Andreas scheiterte schließlich am Widerstand der amerikanischen Militärregierung sowie der badischen Unterrichtsverwaltung, die den Heidelberger Lehrstuhl für Neuere Geschichte dem Landesdirektor für Unterricht und Kultus Franz Schnabel (1887–1966)³⁰ reservieren wollte. Als einziger verbliebener Ordinarius am Historischen Seminar hatte indessen auch Ernst einen großen Einfluss auf die Wiederbesetzung des Lehrstuhls innerhalb der Philosophischen Fakultät.



Franz Schnabel (Foto: Generallandesarchiv Karlsruhe, J-As S 252)

Bemühungen Franz Schnabels um eine Berufung auf den Heidelberger Lehrstuhl

Am 5. September 1945 wurde der Karlsruher Historiker Schnabel nach der Aufhebung seiner Zwangsemeritierung von der amerikanischen Militärregierung zum Landesdirektor für Kultus und Unterricht im Landesbezirk Nordbaden ernannt und mit dem Aufbau des gesamten Schulwesens einschließlich der beiden Hochschulen Heidelberg und Karlsruhe beauftragt.³¹ Bei einer Bürgermeisterversammlung Nordbadens am 3. November kritisierte Schnabel die Situation an der Heidelberger Universität, die laut Ernst den Ruf hatte, „die radikalste Universität im Sinne der NSDAP zu sein“,³² und warnte vor einer Wiederherstellung der Weimarer Verhältnisse:

„Was die Universität Heidelberg betrifft, so sind zwar ihre Gebäude erhalten, dass aber auch die Universität unzerstört sei, wird man nicht behaupten wollen. Wir wissen, dass die meisten nationalsozialistischen Funktionäre, die in der Zeit von 1933 bis 1945 als Ärzte, als Richter, als Schulmänner und Literaten den deutschen Geist vor der ganzen Welt kompromittiert haben, in der Zeit von 1919 bis 1933 an deutschen Universitäten zum Doktor promoviert sind, und man fragt sich mit Recht, ob sie denn dort nie etwas davon erfahren haben, was Wissenschaft denn eigentlich ist.“³³

Aufgrund der Entlassung von Andreas aus dem Lehrkörper blieb der Lehrstuhl für Neuere Geschichte vakant, woraufhin die badische Unterrichtsverwaltung von der Philosophischen Fakultät eine Vorschlagsliste einforderte, bestenfalls mit Schnabel an der Spitze, da „dabei als naheliegend angenommen [wurde], dass Landesdirektor Prof. Schnabel für diesen Lehrstuhl qualifiziert sei“,³⁴ so Thoma in einem Schreiben an die Militärregierung. Nach „mehrfachen mündlichen Verhandlungen“ wurde die Kandidatur Schnabels von der Philosophischen Fakultät schließlich abgelehnt.³⁵ Obwohl seine Kandidatur aufgrund seiner Stellung in der badischen Verwaltung ohnehin chancenlos war, entzündete sich trotzdem eine Auseinandersetzung zwischen der Universität und der badischen Unterrichtsverwaltung. Rektor Hans von Campenhausen (1903–1969) warf in seinem „Tatsachenbericht“ vom 17. April 1947 zunächst Köhler vor, die Wiedereröffnung der Universität im Spätjahr 1945 verhindert haben zu wollen, und verurteilte dann Schnabels Rede bei der Bürgermeisterversammlung am 3. November 1945 als einen „Angriff auf die Universität [...] in aller Öffentlichkeit“³⁶. „Dieser Angriff wurde von allen damaligen Lehrern der Universität als unerhört empfunden“, so Campenhausen weiter in seinem Bericht. Die Philosophische Fakultät pochte ihrerseits auf ihr Korporationsrecht und lehnte in einem Memorandum vom 1. Februar 1947 die Berufung Schnabels nach Heidelberg ab: „Es scheint der Universität mit der akademischen Tradition unvereinbar, die Beru-

fung des zur Zeit der Berufungsverhandlungen leitenden Beamten der für sie zuständigen Unterrichtsverwaltung auf einen Lehrstuhl hinzunehmen.“³⁷ Neben einer Reihe von weiteren Anschuldigungen warf die Fakultät Schnabel auch vor, im Falle von Willy Andreas eingegriffen zu haben, „um seine Beseitigung zu erreichen.“³⁸ Dieses Schreiben wurde von Campenhausen, dem Dekan der Philosophischen Fakultät Otto Regenbogen (1891–1966) sowie unter anderem von Karl Heinrich Bauer, Karl Jaspers und Fritz Ernst unterzeichnet. Daraufhin wurde sowohl die Öffentlichkeit als auch die amerikanische Militärregierung auf die Vorgänge in Heidelberg aufmerksam. Die Amerikaner verlangten von der Universität und von der deutschen Verwaltung eine Erklärung.

Schnabel sah sich aufgrund der gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu einer Rechtfertigung gezwungen.³⁹ Auf sechs Seiten nahm er am 19. Februar 1947 zu den Beschuldigungen Stellung und erklärte Folgendes zum Fall Andreas:

„Die Art und Weise, wie in der Darstellung des Dekans der Philosophischen Fakultät neben meiner vermeintlichen Untätigkeit in allen obigen Angelegenheiten meine angebliche Aktivität in Sachen des Professors Andreas gestellt wird, macht aus mir ein moralisches Ungeheuer. Ich habe hierzu folgendes zu sagen. Wenige Tage, nachdem ich am 5. September 1945 mein Amt als Landesdirektor angetreten hatte, erschien der mir bis dahin persönlich ganz unbekannt Prof. Fritz Ernst in meiner Wohnung [...]. Er schilderte mir seine jahrelangen Differenzen und Schwierigkeiten mit Professor Andreas, nannte ihn einen Psychopathen etc. Dies war das einzige Gesprächsthema seines Besuchs [...]. Dass die Machtstellung, welche Professor Andreas Jahrzehntelang [sic] im deutschen akademischen Leben einnahm, ein grosser Schaden war, habe ich immer betont, und es erscheint mir ein Teil der kommenden Hochschulreform zu sein, die Wiederkehr solcher Zustände im Interesse des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verhindern.“⁴⁰

Dieses ursprünglich an Köhler gerichtete Schreiben erreichte am 17. März 1947 Campenhausen. Als Reaktion auf die Anschuldigungen gegenüber Ernst trat Otto Regenbogen als Dekan der Philosophischen Fakultät zurück.⁴¹ Die Angelegenheit war auch deshalb politisch so heikel, weil die Universität einen Eingriff in die akademische Selbstverwaltung fürchtete, wie Ernst gegenüber Jaspers am 4. Februar 1947 äußerte:

„Es besteht die grosse Gefahr: wir werden müde, die Gutwilligen verzweifeln, aber die reinen Politiker, die nichts anderes zu tun haben, halten aus. Sie werden die Formen bestimmen. Für die Universität im öffentlichen Leben würde das bedeuten, dass Köhler und Konsorten sich den öffentlichen Prestigeverlust der Universität zunutze machen und uns im Rahmen der Staatsverwaltung zur Schule degradieren. Fakultät: die Fakultätsfrage ist die Regenbogenfrage. In allen wichtigen Fragen hat Regenbogen versagt. In allen Fragen, in denen es auf persönliche Initiative ankam, hat er nachgegeben. In Berufungsfragen, die neben der sonstigen Ergänzung des Lehrkörpers die allein wichtigen sind, hat er wenig getan.“⁴²

Ernsts Rolle im Fall Andreas

Die vergeblichen Bemühungen Schnabels um den Heidelberger Lehrstuhl für Neuere Geschichte und die Anschuldigungen der Philosophischen Fakultät bestimmten schließlich auch Ernsts Verhalten gegenüber seinem ehemaligen Kollegen Andreas,

deren angespanntes, ja feindschaftliches Verhältnis oben bereits angesprochen wurde. Campenhausen vermerkte in seinen Erinnerungen hierzu: „Ernst haßte den kleinen, etwas wichtigen großen Mann und hat, fürchte ich, hinter den Kulissen das Seine getan, um dessen Rückkehr zu verhindern“.⁴³ An der Fakultätssitzung vom 7. Mai 1947 nahm Ernst zu den von Schnabel erhobenen Vorwürfen Stellung:

„Zu Punkt 8 des Schreibens gibt Herr Ernst nähere Erklärungen ab, die erkennen lassen, daß die Darstellung von Herrn Schnabel auf irrtümlichen Voraussetzungen beruht und das fragliche Gespräch im Juni 1945 und nicht im September stattgefunden hat, also bevor die beiden Beteiligten eine offizielle Stellung innehatten. Insofern kann nicht das weitere Verhalten des Herrn Landesdirektors auf das Gespräch zurückgeführt werden. Herr Jaspers bezeugt, daß die Initiative ausschließlich bei Herrn Schnabel lag. Die Fakultät billigt den Wortlaut des Antwortschreibens.“⁴⁴

Letztlich lässt sich nicht mehr rekonstruieren, auf wessen Initiative das Gespräch zwischen Ernst und Schnabel stattfand. Beide hatten persönliches Interesse am Fernbleiben von Andreas. Ernst bestritt nicht das Gespräch an sich sowie dessen Inhalt, sondern lediglich den Zeitpunkt; Jaspers verlieh der Stellungnahme durch seine Autorität als Ehrensensator zusätzliches Gewicht. Ernst rechtfertigte sich zudem gegenüber Jaspers in einem Brief am 22. Januar 1947 und betonte, dass er als Instrument der „Denazifizierungspolitik der Militärregierung“⁴⁵ Andreas entlassen musste. Ernst verlor sich hier allerdings im Schleier seines Gedächtnisses, zumal nicht die Universität, sondern die Militärregierung die Entlassung von Andreas aussprach.

Aufgrund der Entlassung aus dem Lehrkörper am 18. Februar 1946 hatte der formal unbelastete Andreas einen schweren Stand in der Affäre um seine Rückkehr auf den Heidelberger Lehrstuhl. Er wurde bereits von der Rektorenwahl am 8. August 1945 von der Militärregierung ausgeschlossen, was er als „Diskriminierung“⁴⁶ empfand. Grund für diesen Ausschluss war ein Schreiben des Gaupersonalamtsleiters, in dem Andreas als „absolutely reliable politically“⁴⁷ charakterisiert worden war. Daneben sah die Militärregierung vor allem die Aufnahme von Horst Wessel in die von Andreas herausgegebene Reihe „Die Großen Deutschen“ als eine deutliche Konzession an den Nationalsozialismus an.⁴⁸ Eine Zukunft in Heidelberg erschien Andreas Ende 1945 zunehmend unmöglich, weshalb er am 19. Januar 1946 beim Minister für Kultus und Unterricht eine Emeritierung in gesetzlicher Form beantragte. Er begründete seinen Antrag mit einem geschwächten Gesundheitszustand, der ihm nicht mehr erlaube, Seminare und Vorlesungen zu halten.⁴⁹ In der Fakultät wurde daraufhin eine Kommission für die Neubesetzung seines Lehrstuhls gebildet, der Jaspers, Regenbogen sowie der Althistoriker Hans Schaefer (1906–1961) und Ernst angehörten.⁵⁰ Entlassen wurde Andreas am 18. Februar 1946 allerdings auf Befehl der Militärregierung.⁵¹ Ungeachtet der oben bereits erwähnten Vorgänge um den vakanten Lehrstuhl für Neuere Geschichte war es folglich die Militärregierung, die eine Wiederkehr von Andreas in sein Amt zunächst blockierte.

Am 28. März 1947 wurde Andreas von der Spruchkammer Heidelberg entlastet, und das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt. Die Urteilsbegründung stützte sich unter anderem auf entlastende Gutachten von Karl Heinrich Bauer und der Philosophischen Fakultät.⁵² Die Militärregierung erkannte den Entlastungsbescheid jedoch nicht an, weshalb Andreas nicht wieder in sein Amt eingesetzt werden konnte. Für ihn blieb nur noch die Emeritierung, für die er weitere zwei Jahre kämpfen musste.⁵³ Die Philosophische Fakultät unterstützte ihn in diesem Vorhaben unter der

Bedingung, dass Andreas als emeritierter Professor keine Lehrveranstaltungen in Heidelberg mehr abhält.⁵⁴

Köhler lehnte eine Emeritierung jedoch ab und forderte die Spruchkammer Heidelberg sogar auf, das Urteil zu überprüfen.⁵⁵ Der Widerstand gegen die Wiedereinsetzung von Andreas auf seinen Heidelberger Lehrstuhl kam folglich sowohl aus der Philosophischen Fakultät als auch aus der badischen Landesbezirksverwaltung, für die Köhler im Zuge der Gründung des Landes Württemberg-Baden eine weitreichende Unabhängigkeit gegenüber der Stuttgarter Zentralverwaltung aushandeln konnte. Andreas bat in dieser Angelegenheit auch um die Hilfe seines Freundes Theodor Heuss (1884–1963), des ersten Kultministers Württemberg-Badens.⁵⁶ In einem Schreiben vom 27. Juli 1947 berichtete Andreas, dass man „an heute maßgebender Stelle nicht wünscht, daß ich meine Vorlesungstätigkeit wieder aufnehme“.⁵⁷ Im März 1948 wurde Andreas mitgeteilt, dass die „Unterrichtsverwaltung in Württemberg an der Sache nicht beteiligt sei, daß dieses allein Angelegenheit der Bad. Kulturabteilung sei. [...] Der Widerstand [käme] aus den Heidelberger Universitätskreisen [...], die eben ständig nach Angriffspunkten suchen, indem sie Deine Bücher und Aufsätze in Zeitschriften durchgehen“.⁵⁸ Zu einem erneuten Spruchkammerverfahren sollte es allerdings nicht mehr kommen, weil eine Kassation des Urteils verhindert wurde. Im August 1947 erkannte die Militärregierung den Spruchkammerbescheid schließlich an und hob ihrerseits das Lehrverbot von Andreas wieder auf.⁵⁹ Damit wurden allerdings nicht die Vorbehalte der Fakultät und der badischen Kultusverwaltung gegenüber Andreas ausgeräumt. „Noch ist die zwangsweise mir abgepreßte Emeritierung an der Haltung des Präsidenten von Halbbaden gescheitert“,⁶⁰ so Andreas an Heuss am 7. April 1948. Heuss wollte allerdings bei Köhler nicht intervenieren: „Wir stehen zwar formal locker und korrekt, aber ich spüre deutlich genug, dass er mir die Auseinandersetzung im Fall Schnabel und meine Aktivität in der Sache Württemberg-Baden übel genommen hat“.⁶¹

Erst ungefähr ein Jahr später wurde Andreas wieder als ordentlicher Professor in den Dienst gestellt, jedoch gleichzeitig von Köhler in den Ruhestand versetzt.⁶² Damit suchte man zu verhindern, dass Andreas wieder in Heidelberg lehrte. Die Philosophische Fakultät drängte hingegen weiterhin auf eine Emeritierung, was aus dem Schreiben des Dekans an den Rektor der Universität, den Juristen Karl Geiler (1878–1953), ersichtlich wird:

„In Beantwortung Ihrer Nachricht vom 30.7.1948 gestattet sich die Fakultät, noch einmal darum zu bitten, dass nichts unversucht gelassen werde, eine Emeritierung von Prof. Dr. Willy Andreas bei den zuständigen Stellen zu erreichen. Die Fakultät legt, mit Rücksicht auf die Besonderheit des Falles, Wert darauf, in dieser Angelegenheit an ihrem alten Standpunkt festzuhalten, den sie [in] ihrem Antrag an die Militärregierung vom 27.7.1947 und in ihrem Schreiben an die Unterrichtsverwaltung vom 26.7.1947 vertreten hat.“⁶³

Darauffin richtete Geiler im Herbst 1948 einen Antrag an das Kultusministerium, Andreas nicht zu pensionieren, sondern zu emeritieren.⁶⁴ Auf eine Entscheidung des Landesbezirks musste Andreas jedoch wiederum knapp ein Jahr lang warten. Am 2. Mai 1949 erreichte wiederum Thoma ein Schreiben von Heuss, der erneut auf eine Emeritierung von Andreas drang. „Die uns beiden bekannten personellen Schwierigkeiten der Ressentiments gegen Andreas sind heute doch eigentlich Geschichte und ich appelliere an Sie, Herr Ministerialrat, das Ihrige zu tun, um mit Beschleunigen technisch das Unrecht auszuräumen, an dem die Staatsverwaltung mit beteiligt ge-

wesen ist.“⁶⁵ Erst im Juni 1949 wurde er als ordentlicher Professor reaktiviert und zum November 1949 emeritiert, wobei er in dieser Zeit nicht lehrte.⁶⁶ Nach seiner anschließenden Lehrtätigkeit in Tübingen und Freiburg wurde er 1959 sowohl in Freiburg als auch in Heidelberg zum Honorarprofessor ernannt,⁶⁷ kehrte allerdings nie wieder nach Heidelberg zurück, zumal er Wolgast zufolge „die ungerechte und unkollegiale Behandlung nie verwunden“⁶⁸ hatte.

Der Lehrstuhl für Neuere Geschichte konnte erst zum Sommersemester 1949 wiederbesetzt werden. Schon Ende 1946 wurde eine von Ernst stark beeinflusste Berufungsliste erstellt, auf der Carl Jakob Burkhardt, Hans Rothfels, Otto Vossler und Werner Kaegi standen. Da bei den aufgeführten Professoren keine Chance auf eine Berufung bestand, wurde im Juli 1947 eine neue Liste zusammengestellt, die von Johannes Kühn (1887–1973) angeführt wurde, der den Lehrstuhl schließlich zum Sommersemester 1949 und damit nach dreijähriger Vakanz übernahm.



Walther Peter Fuchs (Foto: Universitätsarchiv Heidelberg, BA Pos I 00923)

Ernsts Engagement für Walther Peter Fuchs

Der in Marburg von Wilhelm Mommsen promovierte Mittelalterhistoriker Walther Peter Fuchs⁶⁹ wurde im Gegensatz zu Andreas trotz seiner formalen Belastung aufgrund der Mitgliedschaft in der NSDAP (seit Mai 1937) sowie in der SA (von November 1933 bis Mai 1937) zügig in den Heidelberger Lehrkörper wiedereingegliedert, wofür sich vor allem Ernst gemeinsam mit der Philosophischen Fakultät einsetzte. Fuchs wurde am 13. März 1905 in Remscheid-Lüttringhausen geboren. Von 1924 bis 1930 studierte er Geschichte, Theologie, Philosophie und Germanistik in Tübingen, Marburg und Göttingen. Nach der Promotion in Marburg wurde er 1936 in Heidelberg habilitiert. Am Historischen Seminar lehrte er zunächst als Privatdozent sowie von 1942 bis Kriegsende als

außerplanmäßiger Professor Mittlere und Neuere Geschichte. Von Juni 1940 bis Juli 1944 diente er in der Wehrmacht (Luftwaffe in Augsburg) und wurde mit dem Dienstgrad eines Fahnenjunker-Feldwebels aus dem Dienst entlassen, um seine Lehrtätigkeit in Heidelberg fortzusetzen.⁷⁰ Aufgrund seiner Mitgliedschaft in der NSDAP und der SA wurde er von der Militärregierung unmittelbar nach ihrem Einmarsch in Heidelberg entlassen. Ohne regelmäßiges Einkommen musste Fuchs deshalb auf sein „Eisernes Sparkonto“ bei der Universität zugreifen.⁷¹

Die Fakultät und allen voran Ernst, den mit Fuchs ein enges freundschaftliches Verhältnis verband, bemühten sich nach der Entlassung um eine baldige Wiedereinsetzung von Fuchs als außerplanmäßiger Professor am Historischen Seminar, die

mit seinem Widerstand gegen „Bestrebungen von Parteiinstanzen“⁷² begründet wurde. Vor der Fakultät verteidigte Ernst den formell belasteten Fuchs und relativierte dessen Mitgliedschaft in der NSDAP:

„Ich halte es für durchaus wahrscheinlich, dass Herr Regenbogen ein Mann wie Fuchs wenig ‚liegt‘; Fuchs ist so schwer, elementar, scheinbar ungeistig. Ich gebe natürlich zu, dass diesem Erscheinungsbild eine Wirklichkeit entspricht, aber es ist eine, die meiner Ansicht nach in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Geschichte vertreten sein muss. [...] Heute bemerkte Herr Regenbogen, Fuchs sei in seiner Fak.-Liste derjenige, der bei den meisten Organisationen gewesen sei. Das kann so einfach nicht richtig sein [...] und ich halte es für meine Pflicht, diese Situation zu verteidigen. Es ist mir nicht bekannt, dass Fuchs sonst bei besonders vielen Organisationen war, abgesehen von seinem unglücklichen Blockhelfertum. [...] Als Fuchs Widerstand leistete, war er im Besitz einer Einkunftsquelle und eines Rechtes: eines Dozentenstipendiums und einer Lehrberechtigung. Beide konnten mit einem Federstrich beseitigt werden, während Kienast und Wahle Beamte waren, deren Entfernung schon etwas Mühe gemacht hätte: [...]. So möchte ich, alles in allem, nochmals Ihnen [Jaspers; V.F.] die Bitte vortragen, im Rahmen der allgemeinen Maßstäbe [...] bei gegebener Gelegenheit sich des Falles Fuchs im Zusammenhang mit den andern Fällen anzunehmen.“⁷³

Sowohl die Landes- als auch die Militärregierung hielten sich mit der Wiedereinstellung von Fuchs jedoch zurück; er blieb bis einschließlich Sommersemester 1948 entlassen. Am 4. Oktober 1946 wurde Fuchs von der Spruchkammer Heidelberg als Mitläufer eingestuft und zu einer Geldstrafe von 500 RM verurteilt.⁷⁴ Begründet wurde diese Einstufung mit seiner Mitgliedschaft in der NSDAP seit 1937, der er laut Urteilsbegründung beitreten musste, „wenn er auf Bezahlung rechnen wollte“.⁷⁵ Weiterhin heißt es, dass „[d]amals die Lage schon so gewesen [sei], dass er, auch wenn er diesem Drängen nicht stattgegeben hätte, als Philologe auch in keiner anderen Staatsstellung – etwa als Lehrer – ein Unterkommen hätte finden können, ohne diese selbe Konzession machen zu müssen.“ Seine Parteimitgliedschaft wurde also nicht als Akt der politischen Überzeugung, sondern als Konzession für eine Anstellung an der Universität verstanden. Durch entsprechende Zeugnisse (unter anderem von Fritz Ernst) konnte er eine „vorbildliche Haltung“ während des Nationalsozialismus nachweisen und die „Vermutung, dass der Betroffene Aktivist gewesen sei“, widerlegen. Laurenz Müller kommt in seiner Dissertation hingegen zum Schluss, dass „Fuchs [...] sogar als engagierter Nationalsozialist bezeichnet werden [kann]“.⁷⁶ Hierbei stützt er sich auf positive Beurteilungen seitens des sogenannten „Amts Rosenberg“, das mitunter für die politisch-fachliche Beurteilungen von Hochschullehrern zuständig war.⁷⁷

Unmittelbar nach dem Spruchkammerbescheid richtete Regenbogen als Dekan der Philosophischen Fakultät auf Drängen von Ernst eine Petition an die badische Landesverwaltung und bat um die Wiedereinsetzung von Fuchs als außerplanmäßigen Professor.⁷⁸ Begründet wurde sie mit der von der Spruchkammer bescheinigten antinationalsozialistischen Haltung und dem Personalmangel am Historischen Seminar; denn der Lehrstuhl von Andreas war zu diesem Zeitpunkt nach wie vor vakant und Ernst der einzige Ordinarius am Historischen Seminar.⁷⁹

Obwohl die Militärregierung jetzt einverstanden war, lehnte die badische Unterrichtsverwaltung eine Wiedereinstellung von Fuchs weiterhin ab. Die Gründe konnten anhand des eingesehenen Materials nicht zweifelsfrei rekonstruiert werden.

Nichtsdestoweniger bemühte sich die Universität, eine Stelle für Fuchs im Universitätsbetrieb zu finden. So richtete beispielsweise die Verwaltung des Universitätsarchivs im Frühjahr 1947 einen Antrag an die Landesverwaltung, Fuchs „mit der Aufstellung und Verwaltung des Archivs zu betrauen.“⁸⁰ Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, weil die Landesverwaltung zunächst die Direktorenstelle der Universitätsbibliothek besetzen wollte.⁸¹

Fuchs wurde von der Landesverwaltung deshalb zunächst in eine Bibliotheksratsstelle eingesetzt und bekam im Oktober 1947 schließlich die angestrebte Stelle im Universitätsarchiv.⁸² Dies sollte ihm zunächst ein geregelter Einkommen sichern. Die Universität drängte allerdings weiterhin auf die Wiedereinsetzung in den akademischen Lehrbetrieb, die jedoch von der Landesverwaltung weiterhin abgelehnt wurde.⁸³ Im September 1947 erneuerte die Philosophische Fakultät ihre Bitte um die Wiedereinsetzung von Fuchs. Um die Chancen einer Wiedereinstellung zu erhöhen, sollte er nicht als außerplanmäßiger Professor, sondern vorerst als Privatdozent für Neuere Geschichte eingesetzt werden. Darüber hinaus sollte seine „Lehrtätigkeit zunächst auf jene Epochen und Gebiete seines Faches [...] [beschränkt bleiben], die der politischen Aktualität nicht unmittelbar unterworfen sind“, um „möglichen Komplikationen, die im Zusammenhang mit der Entnazifizierung auftreten könnten, von vorne herein entgegenzuwirken“.⁸⁴ Auch dieser Antrag wurde mit dem Hinweis abgelehnt, dass hierfür die ausdrückliche Erlaubnis der Militärregierung notwendig sei.⁸⁵ Ein entsprechender Bescheid wurde von der Militärregierung im Oktober 1947 erteilt, in dem ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass jegliche Beschränkungen gegen Fuchs aufgehoben seien.⁸⁶

Die Wiedereinsetzung erfolgte schließlich auf Antrag der Fakultät im April 1948, nachdem Otto Vossler den Ruf nach Heidelberg abgelehnt hatte.⁸⁷ Ob Fuchs bereits im Sommersemester lehrte, ist unklar. Er wird allerdings erst zum Wintersemester 1948/49 im Vorlesungs- und Personalverzeichnis als Lehrbeauftragter aufgeführt. Im März 1949 und nach mehreren Anträgen seitens der Fakultät wurde Fuchs erneut der Titel des außerplanmäßigen Professors verliehen.⁸⁸

Fuchs hielt bis zum Sommersemester 1952 Seminare und Vorlesungen in Heidelberg und wurde im April 1952 zum Wintersemester 1952/53 auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Geschichte an der Technischen Hochschule Karlsruhe berufen, der nach Schnabels Weggang nach München vakant geworden war.⁸⁹ 1957 wurde Fuchs zum Honorarprofessor in Heidelberg ernannt und lehrte dort aufgrund des Personalmangels bis 1962.⁹⁰ Der spätere Bundeskanzler Helmut Kohl promovierte 1958 bei Fuchs, der das erste Fachgutachten zu seiner Doktorarbeit „Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945“ erstellte. Das Hauptgutachten verfasste Fritz Ernst, da dieses von einem ordentlichen Professor geschrieben werden musste. Kohl betont in seinen Erinnerungen allerdings, dass Fuchs sein Doktorvater gewesen sei.⁹¹ Seit 1962 lehrte Fuchs in Erlangen-Nürnberg als ordentlicher Professor für Neuere und Neueste Geschichte.⁹² Dort wurde er am 1. April 1973 emeritiert und starb am 4. November 1997.

Fazit

Die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der persönliche Einsatz von Ernst in den Fällen Willy Andreas und Walther Peter

Fuchs verdeutlicht, welches Gewicht formal unbelasteten Personen in der Nachkriegszeit zukam. Zunächst war es Karl Heinrich Bauer, der den in den Augen der Militärregierung verdächtigen Ernst auf dem Posten des Prorektors halten konnte. Der unbelastete Andreas konnte hingegen seine Lehrtätigkeit in Heidelberg aufgrund des Widerstandes von Ernst, der Philosophischen Fakultät, der badischen Unterrichtsverwaltung sowie der amerikanischen Militärregierung nicht wiederaufnehmen. Der ehemalige Parteigenosse und damit formal belastete Fuchs genoss hingegen die Unterstützung seiner ehemaligen Kollegen und konnte trotz des anfänglichen Widerstandes der badischen Unterrichtsverwaltung nach einem kurzen Intermezzo seine Karriere wiederaufnehmen. Die rein formale Belastung aufgrund der Mitgliedschaft in der NSDAP führte folglich nicht zwangsläufig zu einem dauerhaften Ausschluss aus dem öffentlichen Dienst. Zahlreiche Forschungsprojekte konnten diese These auch für bundesdeutsche Behörden nachweisen.⁹³ An den Universitäten Heidelberg und Stuttgart startete 2018 das Forschungsprojekt „Reintegration, Schuldzuweisung und Entschädigung – Bewältigung und Nicht-Bewältigung der NS-Vergangenheit in den drei Vorgängerlandern Baden-Württembergs 1945–1952“. Neben dem Umgang mit dem Nationalsozialismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit untersucht das Projekt „bürokratische Kontinuitäten über den politischen Systemwechsel hinweg, die vor allem in der raschen beruflichen Reintegration auch stark NS-belasteter Beamter in den öffentlichen Dienst zum Ausdruck kamen“.⁹⁴

Ernst seinerseits hielt nach 1945 mehrmals Gastprofessuren in den USA ab, darunter 1950 an der Universität Princeton (New Jersey) und 1955 an der Universität Madison (Wisconsin), an die er im darauffolgenden Jahr berufen wurde. Den Ruf nutzte Ernst, um eine finanzielle Besserstellung in Heidelberg zu erwirken.⁹⁵ Aus dem Briefverkehr von Ernst mit Jaspers wird ersichtlich, dass er diese Gastprofessuren sehr genoss, und sich in Heidelberg dagegen wie ein „Fremdling“ vorkam.⁹⁶ Es ist bezeichnend für Ernsts Zwiespältigkeit, dass er den Ruf nach Wisconsin 1956 ablehnte, obwohl ihn Heidelberg bedrückte, so der Wortlaut eines Briefs an Jaspers.⁹⁷ Ernst beging am 21. Dezember 1963 in seinem Haus Suizid.

Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Text beruht zum großen Teil auf den Ergebnissen meiner Ende 2015 an der Universität Heidelberg eingereichten Bachelorarbeit mit dem Titel „Die Nachkriegsgeschichte des Heidelberger Historischen Seminars. Kontinuität und Neuanfang“, die im Präsenzbestand des Universitätsarchivs Heidelberg (UAH) eingesehen werden kann (VII BF 23). Darüber hinaus möchte ich an dieser Stelle Christian Ernst für die anregenden Gespräche sowie die zahlreichen zur Verfügung gestellten Dokumente seines Vaters herzlich danken.
- 2 An dieser Stelle wird auf eine ausführliche Biographie über Ernst verzichtet. Vgl. zu seiner Vita vor allem Fritz Trautz: Art. „Ernst, Fritz (Friedrich Wilhelm), Historiker“, in: Badische Biographien. Neue Folge 2 (1987), S. 80–82.
- 3 Karl Engisch: Fritz Ernst als Persönlichkeit, in: Fritz Ernst 1905–1963. Zwei Gedenkreden gehalten von Ahasver von Brandt und Karl Engisch, Stuttgart 1964, S. 13–21, hier S. 13.
- 4 Vgl. Volker Sellin: Die Universität Heidelberg im Jahre 1945, in: Jürgen C. Heß, Hartmut Lehmann, Volker Sellin (Hgg.): Heidelberg 1945, Stuttgart 1996, S. 91–106, S. 94.
- 5 Vgl. Uta Gerhardt: Die Amerikanischen Militäroffiziere und der Konflikt um die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg 1945–1946, in: Heß u.a. (wie Anm. 4), S. 30–54.
- 6 Vgl. Barbara Zimmermann: Art. „Bauer, Karl Heinrich, Chirurg, Krebsforscher“, in: Badische Biographien. Neue Folge 3 (1990), S. 23f.

- 7 Vgl. James F. Tent (Hg.): *Academic Proconsul. Harvard Sociologist Edward Y. Hartshorne and the Reopening of German Universities 1945–1946. His Personal Account* (Mosaic. Studien und Texte zur amerikanischen Kultur und Geschichte 5), Trier 1998, S. 71.
- 8 Vgl. Karl Jaspers: *Erneuerung der Universität. Reden und Schriften 1945/46*, hg. v. Renata de Rosa, Heidelberg 1986, S. 379.
- 9 Vgl. ebd.
- 10 Tent (wie Anm. 7), S. 95.
- 11 Vgl. UAH B-3029/3, Fragebogen von Ernst vom 11.5.1945.
- 12 Tent (wie Anm. 7), S. 97.
- 13 Vgl. Jaspers (wie Anm. 8), S. 379.
- 14 Eike Wolgast: *Die neuzeitliche Geschichte im 20. Jahrhundert*, in: Jürgen Miethke (Hg.): *Geschichte in Heidelberg. 100 Jahre Historisches Seminar, 50 Jahre Institut für Fränkisch-Pfälzische Geschichte und Landeskunde*, Berlin, Heidelberg 1992, S. 127–157, hier S. 146 (Fußnote 108).
- 15 Privatarchiv Christian Ernst, Lebenserinnerungen von Fritz Ernst (um 1960 verfasst), S. 5.
- 16 Vgl. Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) N Andreas 763.1, Andreas an Bauer, 29.6.1945.
- 17 Vgl. GLA N Andreas 763.1, Bauer an Andreas, 30.6.1945. Darin spricht Bauer den Wunsch aus, Andreas bei der Neubegründung der Universität dabei haben zu wollen.
- 18 Vgl. GLA N Andreas 763.1, Andreas an Bauer, 29.6.1945: „Obwohl nun fast eine ganze Woche seit Ihrem Besuch vergangen ist und ich Muße hatte, darüber nachzudenken, ist mir leider nicht klar geworden, was Sie und Ihre Freunde angesichts der von Ihnen beabsichtigten neuen Personalkombination der Universitätsführung von mir erwarten oder – befürchten? – Bei den freundlichen Beziehungen, in denen ich zu Ihnen stehe, habe ich das Bedürfnis, hierzu ein luftreinigendes Wort zu sagen [...]. Glaubte man denn, daß ich als Wahlagitator oder bei der bevorstehenden Handlung mich etwa oratorisch oder gar polemisch betätigen würde? – Wirklich, ich begreife immer noch nicht, was Ihr sicherlich wohlgemeinter Appell in concreto meinte. Seit vielen Jahren und neuerdings wieder seit Anfang April habe ich – trotz des begreiflichen Wunsches, daß auch mir einst wie Anderen in irgendeiner Form die bisher versagte Wiedergutmachung ungesühnten akademischen Unrechts zuteil werde – gesagt, ich begehre kein Amt, habe vielmehr stets auf andere hingewiesen, seit geraumer Zeit auch auf die unschätzbare Kraft, welche die Universität in Ihnen selbst besitzt.“
- 19 Ebd.
- 20 Vgl. UAH PA 3689, Urteil der Spruchkammer Heidelberg vom 13.9.1946.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Briefe von Fritz Ernst an seinen Doktorvater Johannes Haller sind zumindest für die Jahre 1933–1943 im Familienarchiv überliefert.
- 24 Fritz Ernst: *Die wirtschaftliche Ausstattung der Universität Tübingen in ihren ersten Jahrzehnten (1477–1534)*, Stuttgart 1929.
- 25 Vgl. Anne Christine Nagel: *Im Schatten des Dritten Reichs. Mittelalterforschung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1970*, Göttingen 2005, S. 35.
- 26 Paul Schmitthenner (1884–1963) war in der Zeit des Nationalsozialismus Professor für Kriegsgeschichte und Wehrkunde an der Universität Heidelberg sowie von 1938 bis 1945 ihr Rektor. 1940 wurde er zudem mit den Geschäften des badischen Ministers für Kultus und Unterricht betraut. Vgl. Ulrike Lennartz: *Ein badischer „Preuße“*. Paul Schmitthenner, Badischer Staatsminister, in: Michael Kißener, Joachim Scholtyseck (Hgg.): *Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg*, Konstanz 1997, S. 623–653; Viktor Fichtenau: *Prof. Dr. Paul Schmitthenner: „Universität als Stätte wehrpolitischer Erziehung“*, in: Wolfgang Proske (Hg.): *Täter, Helfer, Trittbrettfahrer*. Bd. 7: *NS-Belastete aus Nordbaden + Nordschwarzwald*, Gerstetten 2017, S. 257–271.
- 27 Vgl. GLA N Köhler 12/36, Angaben aus dem Lebenslauf von Ernst, 14.2.1947.
- 28 Ebd.
- 29 Vgl. Eike Wolgast: Art. „Andreas, Willy, Historiker“, in: *Badische Biographien. Neue Folge* 2 (1987), S. 4–7.
- 30 Vgl. Lothar Gall: Art. „Schnabel, Franz, Historiker“, in: *Badische Biographien. Neue Folge* 2 (1987), 244–247; Clemens Rehm (Hg.): *Franz Schnabel – eine andere Geschichte. Historiker, Demokrat, Pädagoge*, Freiburg im Breisgau, Basel, Wien 2002.

- 31 Vgl. Ulrike Gradmann: 1945–1947. Der „nordbadische Kultusminister“, in: Rehm (wie Anm. 30), S. 31–34, hier S. 31.
- 32 Fritz Ernst: Die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg 1945–1946, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1964, S. 2.
- 33 GLA 481 Nr. 79, Rede Franz Schnabels vor der Bürgermeisterversammlung der Gemeinden in der amerikanischen Besatzungszone Baden in Mannheim am 3.11.1945.
- 34 Vgl. Nationalarchiv Washington RG 260 OMGUS, Microfiches im Staatsarchiv Ludwigsburg, 12/87-1/17, Ministerialrat Thoma an den Chef des Hochschulwesens der amerikanischen Militärregierung, 14.5.1947.
- 35 Ebd.
- 36 Vgl. Nationalarchiv Washington RG 260 OMGUS, Microfiches im Staatsarchiv Ludwigsburg, 12/87-1/17, Tatsachenbericht von Rektor Campenhausen an Militärregierung, 17.4.1947.
- 37 GLA N Köhler Nr. 12/70, Philosophische Fakultät der Universität Heidelberg an Ministerialrat Eugen Thoma, 1.2.1947, Blatt 3.
- 38 Ebd., Blatt 8.
- 39 Vgl. GLA N Köhler Nr. 12/38–43, Franz Schnabel an Heinrich Köhler, 19.2.1947.
- 40 Ebd., S. 4.
- 41 Vgl. Peter Herde: Kontinuitäten und Diskontinuitäten im Übergang vom Nationalsozialismus zum demokratischen Neubeginn. Die gescheiterten Berufungen von Hermann Heimpel nach München (1944–1946) und von Franz Schnabel nach Heidelberg (1946–1947), (Hefte zur bayerischen Landesgeschichte 5), München 2007, S. 97f.
- 42 Karl Jaspers: Korrespondenzen. Politik und Universität, hg. v. Eike Wolgast, Carsten Dutt, Göttingen 2016, S. 103 (Ernst an Jaspers, 4.2.1947).
- 43 Hans von Campenhausen: Die „Murren“ des Hans Freiherr von Campenhausen. „Erinnerungen, dicht wie ein Schneegestöber“. Autobiografie, hg. v. Ruth Slenczka, Norderstedt 2005, S. 279.
- 44 UAH H-IV-201/2, Protokoll der Fakultätssitzung vom 7.5.1947.
- 45 Vgl. Deutsches Literaturarchiv Marbach (DLA) A: Jaspers 75.11007/8, Ernst an Jaspers, 22.1.1947.
- 46 GLA N Andreas Nr. 760.1, Andreas an Gordon, 9.8.1945.
- 47 GLA N Andreas Nr. 760.1, Military Government an Karl Heinrich Bauer, 15.9.1945.
- 48 Vgl. Sellin (wie Anm. 4), S. 98.
- 49 Vgl. GLA N Andreas Nr. 765.2, Andreas an den Minister für Kultus und Unterricht des Landes Württemberg-Baden, 19.1.1946.
- 50 Vgl. UAH H-IV-201/2, Protokoll der Fakultätssitzung vom 16.2.1946.
- 51 GLA N Andreas Nr. 760.1, Bauer an Andreas, 18.2.1946.
- 52 Vgl. GLA N Andreas Nr. 760, Spruchkammerbescheid, 28.3.1947.
- 53 Vgl. Wolgast (wie Anm. 14), S. 146.
- 54 Vgl. UAH H-IV-201/2, Protokoll vom 23.7.1947; GLA N Andreas 765.2, Andreas an den Dekan der Philosophischen Fakultät, 25.7.1947.
- 55 Vgl. GLA N Andreas 765.2, Präsident des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht, an Andreas, 9.12.1947.
- 56 Vgl. den Schriftwechsel zwischen Heuss und Andreas im Nachlass von Heuss, der im Bundesarchiv Koblenz verwahrt wird: BA N 1221/72, N 1221/107, N 1221/220.
- 57 BA N 1221/72, Andreas an Heuss, 20.7.1947.
- 58 GLA N Andreas Nr. 764, Köppel an Andreas, 4.3.1948.
- 59 GLA N Andreas Nr. 760.1, Office of Military Government an Andreas, 15.8.1947.
- 60 BA N 1221/72, Andreas an Heuss, 7.4.1948.
- 61 BA N 1221/72, Heuss an Andreas, 29.6.1948.
- 62 GLA N Andreas 765.2, Präsident des Landesbezirks Baden an den Präsidenten des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht, Karlsruhe, 22.6.1948.
- 63 GLA N Andreas Nr. 765.2, Dekan der Philosophischen Fakultät an Rektor Geiler, 7.8.1948.
- 64 Vgl. GLA N Andreas Nr. 765.2, Rektor Geiler an Anwalt Waldeck, 3.10.1948.
- 65 BA N 1221/100, Heuss an Thoma, 2.5.1949.
- 66 Vgl. GLA N Andreas Nr. 765.2, Präsident des Landesbezirks Baden an den Präsidenten des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht, 4.6.1949; GLA N Andreas Nr. 765.2, Präsident des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht an Andreas, 4.6.1949.
- 67 Vgl. Wolgast (wie Anm. 29), S. 4.

- 68 Wolgast (wie Anm. 14), S. 147.
- 69 Vgl. Clemens Wachter: Die Professoren und Dozenten der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen 1743–1960. Teil 3: Philosophische Fakultät, Naturwissenschaftliche Fakultät (Erlanger Forschungen. Sonderreihe 13), Erlangen 2009, S. 61f.
- 70 Vgl. UAH B-3029/3, Military Government of Germany Fragebogen, 12.5.1945.
- 71 Vgl. UAH PA 3835, Fuchs an Rektor Bauer, 3.10.1945.
- 72 Vgl. UAH PA 3835, Dekan Regenbogen an Rektor Bauer, 13.12.1945.
- 73 DLA A: Jaspers 7511007/3, Ernst an Jaspers, 21.11.1945. Dabei handelt es sich um den Germanisten Richard Kienast und den Prähistoriker Ernst Wahle.
- 74 Vgl. UAH PA 3835, Urteil der Spruchkammer Heidelberg, 4.10.1946.
- 75 Dieses sowie die folgenden Ausschnitte aus dem Spruchkammerurteil ebd.
- 76 Laurenz Müller: Diktatur und Revolution. Reformation und Bauernkrieg in der Geschichtsschreibung des ‚Dritten Reiches‘ und der DDR (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte 50), Stuttgart 2004, S. 131.
- 77 Vgl. Bundesarchiv (BA) NS 15/238, Bl. 117–120.
- 78 Vgl. UAH PA 3835, Regenbogen an das Präsidium der Landesverwaltung Baden, Abteilung Kultus und Unterricht, 24.10.1946; UAH PA 380, Regenbogen an Ernst, 14.10.1946.
- 79 Vgl. UAH PA 3835, Regenbogen an das Präsidium der Landesverwaltung Baden, Abteilung Kultus und Unterricht, 24.10.1946. Als Anlage wurde der Petition ein Schreiben von Rektor Campenhausen beigelegt, der die Personalnot am Historischen Seminar anführte.
- 80 UAH PA 3835, Verwaltung des Universitätsarchivs an den Präsidenten des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht, 24.4.1947.
- 81 Vgl. UAH PA 3835, Präsident des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht, [Thoma] an Rektor von Campenhausen, 12.5.1947.
- 82 Vgl. UAH PA 3835, Direktor der Universitätsbibliothek an den Präsidenten des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht, 11.9.1947; UAH PA 3835, Präsident des Landesbezirks Baden Abteilung Kultus und Unterricht an Rektor Kunkel, 28.10.1947.
- 83 Vgl. UAH PA 3835, Dekan der Philosophischen Fakultät Ranke an das Präsidium des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht, 29.7.1947; UAH PA 3835, Irvin an Fuchs, 24.7.1947.
- 84 UAH PA 3835, Dekan der Philosophischen Fakultät an das Präsidium des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht, 24.9.1947.
- 85 Vgl. UAH PA 3835, Präsident des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht, an Rektor Kunkel, 4.10.1947.
- 86 Vgl. UAH PA 3835, Office of Military Government – Letter of Concurrence, 4.10.1947 [wohl rückdatiert auf den 4.10.1947].
- 87 Vgl. UAH PA 3835, Präsident des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht, an Rektor Kunkel, 18.5.1948.
- 88 Vgl. die Petitionen des Dekans vom 24.5.1948, 10.9.1948 und 21.1.1949 in UAH PA 3835; UAH PA 3835, Präsident des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht, an Fuchs, 2.3.1949.
- 89 Vgl. UAH PA 3835, Fuchs an Rektor Schneider, 18.7.1952; UAH PA 3835, Präsident des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht, an Fuchs, 16.4.1952.
- 90 Vgl. Wolgast (wie Anm. 14), S. 155f.
- 91 Vgl. Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982, München 2004, S. 105.
- 92 Vgl. Wachter (wie Anm. 69), S. 62.
- 93 Vgl. hierzu zusammenfassend vor allem Magnus Brechtken: Mehr als Historikergeplänkel. Die Debatte um „Das Amt und die Vergangenheit“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 63,1 (2015), S. 59–92.
- 94 Forschungsgegenstand. Über das Projekt, online: Reintegration, Schuldzuweisung und Entschädigung – Bewältigung und Nicht-Bewältigung der NS-Vergangenheit in den drei Vorgängerländern Baden-Württembergs 1945–1952, <<https://ns-kontinuitaeten-bw.de/forschungsgegenstand/>> (16. Mai 2019).
- 95 Vgl. UAH PA 3689, Ausschnitt aus dem Heidelberger Tageblatt vom 29./30.10.1955; UAH PA 3689, Ernst an Rektor Randerath, 19.10.1956.
- 96 Vgl. DLA A: Jaspers 75.11007/12, Ernst an Jaspers, 30.10.1951.
- 97 Vgl. ebd.